

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 30 Pf.

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellungspreis: Die 4-spaltige Seite 1,50 Mk. von Nummer 2.— bis 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsmangel nach Belieben, die 3-spaltige Seite 1.— Mk. von Nummer 4.— bis 4.— Mk. Bei Überzahlung Nachzahlung keine Frist. — Postamt Danzig 244. Expediteur: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 107

Dienstag, den 10. Mai 1921

12. Jahrgang

Ein sozialdemokratischer Reichskanzler?

Die Sozialdemokratie für Annahme des Ultimatums.

Berlin, 9. Mai. Gemeinsame Entschliessung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes. Die Annahme des Ultimatums hat nur dann einen Zweck, und die Befreiung des Ruhrreviers ist nur dann zu verbinden, wenn die bayerische Regierung die vorbehaltlose Ernährung abgibt, die Einwohnerwehr rechtzeitig, d. h. bis zum 30. Juni, zu entlassen und aufzulösen. Die Forderungen der Entente in der Reparationsfrage widersprechen in einigen Punkten dem Friedensvertrag, überschreiten weitläufig die Befähigung des deutschen Volkes und fordern unsern schwersten Protest heraus. Aber unter dem Druck der brutalen militärischen Gewaltandrohungen, angesichts der unabwehrbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen ihrer Verwirklichung, besonders auch der für Oberschlesien daraus entstehenden Gefahren erklären sich Partei und Fraktion bereit, jeden ersten Versuch zur Erfüllung des Londoner Finanzdikts zu unterstützen. Der Versuch, die zur Erfüllung notwendigen Milliarden aus ihrer Wirtschaft herauszuholen, müßte jedoch schon in seinen Anfängen scheitern, wenn sich nicht jene Kreise des Bürgertums, die heute noch Leiter unserer Wirtschaft sind, für ihn mit allen Kräften einsetzen, und wenn nicht die notwendigen organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die höchste Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands herbeizuführen. Ebenso hängt das Gelingen der bayerischen Entwaffnung vor allem von dem Willen und der politischen Einsicht des Bürgertums ab. Die Verantwortung für das Kommando fällt dabei in erster Linie dem Bürgertum und den es vertretenden Parteien zu.

Berlin, 10. Mai. Ueber die Stellungnahme der Parteien zu dem Ultimatum, wie sie die gestrigen Beratungen der Reichstagsfraktionen ergeben haben, berichten die Blätter, daß die Deutschnationale Volkspartei die Unterschrift unter die Note einmütig ablehnt. Die Deutsche Volkspartei sei ebenfalls in ihrer großen Mehrheit für die Ablehnung. Das Zentrum sei zum größten Teile für Annahme, desgleichen die Demokraten. Der „Berliner Lokalanzeiger“ will allerdings wissen, daß die demokratische Fraktion gegen die Unterzeichnung sei. Die Sozialdemokratie hat durch die Entschliessung ihrer Reichstagsfraktion ihre Bereitwilligkeit zur Annahme kundgegeben. Die Zentrale der U. S. P. und die unabhängige Reichstagsfraktion treten in einer in der „Freiheit“ veröffentlichten Erklärung für die Unterzeichnung der Ententernote ein und versprechen sich vom gemeinsamen Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder und von den vererblichen Folgen des Ultimatums für das internationale Wirtschaftsleben eine Aenderung der bisherigen Gewaltpolitik der Entente.

„Berliner Tageblatt“ und „Vossische Ztg.“ glauben an die Möglichkeit eines Wiederauflebens der alten Koalition, wie sie vor den Wahlen im Reichstage bestand, also einer Regierung, die sich aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zusammensetzen würde. Laut „Vossischer Zeitung“ hätten sich Zentrum und Demokraten bereits damit einverstanden erklärt. Als voraussichtliche Kandidaten für den Reichskanzlerposten werden die Sozialdemokraten Hermann Müller und der Reichstagspräsident Loebe genannt. Im Gegensatz zu dieser Version meldet allerdings der „Vorwärts“, das Zentrum stehe auf dem Standpunkt, daß es nur dann in eine Annahmeregierung eintreten könnte, wenn ihm seine bisherigen Weggefährten in der Regierung, Demokraten und Deutsche Volkspartei, weiter die Treue halten.

Fortdauer der ernstesten Lage in Oberschlesien.

Oppeln, 9. Mai. Die Lage im Aufstandsgebiet muß nach den Meldungen, die bis zum 9. Mai abends vorlagen, nach wie vor als äußerst ernst angesehen werden. Die Erregung in den Industriestädten ist besonders groß unter den zahlreichen Flüchtlingen, die um das Schicksal ihrer zurückgelassenen Angehörigen und ihres zurückgelassenen Eigentums sehr besorgt sind. In Laband und Hindenburg sind wiederum Verhaftungen zahlreicher deutschgesinnter Personen durch die Aufständischen erfolgt. Aus dem Kreise Tarnowitz wird die Befreiung von Fahrrädern und großen Mengen Spiritus durch die Aufständischen gemeldet. Die Zwangsaushebungen dauern noch an, doch haben schon vielfach polnisch gesinnte Oberschlesier versucht, sich diesen Aushebungen zu entziehen. In der Stadt Tarnowitz wurde von polnischen Insurgenten ein Kraftwagen geraubt. In der Stadt Gleiwitz durchfahren bereits Kräfte mit polnischen Bewaffneten un-

hindert die Straßen. Der Bahnhof Randzahn ist infolge der zähen Verteidigung durch italienische Truppen bisher nicht besetzt worden. Dagegen fielen die Bahnhöfe in Beschnitz und Thule in die Hände der Aufständischen. Infolge der Besetzung des letztgenannten Bahnhofs durch die Polen ist der Verkehr auf der Strecke Oppeln bei Kreuzburg unterbrochen.

Oppeln, 9. Mai. Auf Grund des Beschlusses der gestrigen Versammlung der deutschen Bevölkerung in Oppeln verhandeln heute die Vertreter der deutschen politischen Parteien mit der interalliierten Kommission in Oppeln. Nach Abschluß der Versammlung erließen die deutschen Parteivertreter folgende Bekanntmachung: Die politischen Vertreter der deutschen Bevölkerung wurden heute von der interalliierten Kommission empfangen. Dem gestrigen von der Versammlung auf dem Wege gegebenen Auftrage entsprechend, forderten die politischen Vertreter von der interalliierten Kommission, den politischen Zustand in kürzester Zeit mit wirksamen Mitteln zu unterbrechen und mitzutun, welche Maßnahmen in dieser Richtung getroffen worden sind. — Die interalliierte Kommission gab sehr entgegenkommende Erklärungen und wies insbesondere darauf hin, daß von ihr Truppenverstärkungen zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes in Oberschlesien bei dem Kommandanten beantragt seien. Außerdem gab sie bekannt, daß der Völksherrat in Paris den polnischen Aufstand verurteilt und bindend erklärt hat, daß Korruption durch seinen verbrecherischen Aufstand die Entschlüsse des Obersten Rates nicht beeinflussen kann.

In seltsamem Gegensatz zu dem hier hervorgehobenen Entgegenkommen der interalliierten Kommission steht die Antwort Brlands auf die deutsche Note über Oberschlesien vom 8. Mai. Dort werden die deutschen Meldungen über die Vorgänge in Oberschlesien als tendenziös entstellt bezeichnet und die Urkunden selbst auf angeblich aufreizende deutsche Berichte über die Zukunft Oberschlesiens zurückgeführt. Ferner spricht die französische Antwort von einer inzwischen eingetretenen „wesentlichen Verbesserung der Lage“, und es wird deshalb jede der interalliierten Kommission von außerhalb zu leistende Hilfe abgelehnt. Nach dieser französischen Unfreundlichkeit ist die nachstehende authentische Meldung eines Pariser Chauvinistenblattes um so bemerkenswerter:

Paris, 9. Mai. „Eigaro“ erhält von seinem Sonderberichterstatter aus Weußen folgendes Telegramm: Ich habe 200 Kilometer in dem aufständischen Gebiet zurückgelegt. Entgegen dem amtlichen Optimismus dauert die Aufstandsbewegung an. Das ganze flache Land wird von bewaffneten Polen besetzt gehalten. An den unmittelbaren Zugängen der von den Aufständischen besetzten Städte befinden sich zahlreiche Maschinengewehrposten. Die Versorgung, besonders mit Milch, ist für Weußen, Rattowit und die Industriestädte schwierig. Vergangens Nacht Granaten- und Maschinengewehrangriffe westlich von Weußen. Ich habe persönlich die Bewaffnung der Polen feststellen können. Die Lage bleibt ernst.

Frankreichs Volk gegen seine Regierung.

Paris, 9. Mai. Das von dem Kongress der Geschädigten aus den verwüsteten Gebieten am 22. April in Paris eingesetzte Aktionskomitee ist gestern hier zusammengetreten. Die Vertreter der Departements Pas de Calais, Nord-Weise, Aisne und Marne haben die Zustimmung der Bevölkerung ihrer Bezirke zum Wiederaufbau des Allgemeinen Arbeiterverbandes, d. h. zur Vermeidung deutscher Arbeitskräfte und Materiallieferungen zum Ausdruck gebracht. Das gestern gewählte Bureau wird am 17. Mai, das Aktionskomitee selbst am 22. Mai wieder zusammentreten.

Paris, 9. Mai. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ meldet aus Einwoyes und Poffart Fundgebungen gegen die Mobilisierung, die in Belfort trotz Verbots des Präfecten stattgefunden haben.

Paris, 9. Mai. Anlässlich der gestrigen kommunistischen Kundgebung gegen den Krieg ist es auf dem Rückweg nach Paris zu Zusammenstößen mit der republikanischen Garde gekommen. Nach dem „Petit Parisien“ wurden 10 Polizisten und Gardisten verwundet. Es sei mit Revolvern geschossen worden. Steine waren gegen die Polizisten geworfen worden. Ein Polizist ist vor Aufregung gestorben. Es wurden 20 Verhaftungen vorgenommen, jedoch nur drei Personen in

Die nächsten Folgen des Finanzdikts.

Für den Politiker, der binnen wenigen Tagen entscheiden muß, ob das Finanzdikts der Entente anzunehmen oder abzulehnen ist, hat es kein größeres Interesse, zu wissen, ob der ganze Finanzplan der Reparationskommission durchzuführen ist oder nicht. Er wird also die Frage anders betrachten als der national-ökonomische oder finanzwissenschaftliche Theoretiker, dem es gewiß nicht schwer fallen wird, für die Undurchführbarkeit des Gesamtplans durchschlagende Gründe vorzubringen. Für den praktischen Politiker ist es wichtiger, zu wissen, wie sich Deutschlands Lage in der nächsten Zeit gestalten wird, wenn die deutsche Regierung sie annehmen, und wenn sie sie ablehnen wird.

Bei solcher Betrachtungsweise spielt die Totalsumme der Schuld eine verhältnismäßig geringe Rolle. Außerdem steht diese noch gar nicht genau fest. Von den 132 Milliarden sind die bereits bezahlten 8 abgezogen, ferner ziemlich große Summen, die sich daraus ergeben, daß der Wert des bisherigen deutschen Staatsvermögens in den abgetretenen Gebieten in Anrechnung gebracht wird. Die österreichischen, ungarischen, bulgarischen und türkischen Beiträge dagegen, die zur Entlastung Deutschlands dienen sollen, wird man wohl in den Kaufmann schreiben müssen. Hinzuzurechnen ist der Betrag der belgischen Schuld an die Alliierten, die erst später festgestellt werden soll.

Von diesen annähernd 132 Milliarden sollen demnach in Bewegung gesetzt werden: 12 bis zum 1. Juli, und 38 bis zum 1. November des Jahres. Das kann geschehen, wenn man z. B. 50 Millionen Schuldverschreibungen, wenn man z. B. auf 1000 Goldmark lautet, der Reparationskommission übergibt. Das Reich braucht diese Stücke nicht alle in barem Gelde einzulösen, sondern nur mit 5 Prozent zu verzinsen, außerdem muß es jedes Jahr jedes hundertste Stück, also im ganzen jährlich 50000 Stücke, die ausgelost werden, gegen bares Geld einlösen (lügen). Bei jedem Stücke befindet sich ein Couponbogen; jeder Coupon lautet auf 50 Goldmark, die zum Fälligkeitstermin zu bezahlen sind. Zinsen und Tilgungsquote betragen zunächst zusammen 8 Milliarden Goldmark jährlich und verringern sich mit fortschreitender Tilgung. Dann kann aber die Reparationskommission beginnen, Teile von den restlichen 82 Milliarden in den Verkehr zu bringen, so daß eine tatsächliche Verringerung nicht eintreten würde. (Ob wirklich Stück zu 1000 Goldmark oder größere ausgegeben werden, soll noch bestimmt werden. Das Beispiel ist nur gebraucht, um die Sache anschaulich zu machen.)

Wie soll Deutschland die für Tilgung und Verzinsung nötigen Summen leisten? Es soll in Gold, Waren, Arbeitsleistungen, bestimmten fremden Geldsorten jährlich zunächst eine feste Summe von 2 Milliarden bezahlen. Außerdem ist von allem, was aus Deutschland ausgeführt wird, 20 Prozent des Wertes zu bezahlen. Beträgt die deutsche Gesamtausfuhr beispielsweise 5 Milliarden Goldmark, so sind 1,8 Milliarden Ausfuhrabgabe zu bezahlen, die den Exporteuren in deutscher Währung zurückzuvergüten sind.

Bis zum 31. Mai hat Deutschland eine Milliarde Goldmark zu zahlen. Damit sind die halben ersten Vierteljahrsraten der jährlichen Zweimilliardenschuld befristet, die sonst am 15. Juli und am 15. Oktober fällig geworden wären. Die nächste Vierteljahrsrate von einer halben Milliarde ist dann erst wieder am 15. Januar 1922 zu bezahlen. Da die deutsche Regierung in ihrer Note an Amerika die sofortige Zahlung einer Milliarde angeboten hat, diese also wohl geleistet werden kann, wäre der 15. Januar des nächsten Jahres der erste Termin, zu dem Deutschland in Zahlungsschwierigkeiten geraten könnte, — aber natürlich nicht schon geraten muß.

Es entsteht noch die Frage, ob Deutschland der Ausfuhrabgabe entzogen werden kann, wenn es das Ultimatum ablehnt. Diese Frage ist in der Hauptsache zu verneinen, da ja die Ententestaaten in Verfolg der früher verhängten „Sanktionen“ eben schon dabei sind, diese Ausfuhrabgabe durchzuführen. Die Befreiung der deutschen Ausfuhr mit der Abgabe wird also erfolgen, ob Deutschland das Ultimatum annimmt oder nicht.

Daraus ergibt sich, daß Deutschland einerseits durch Ablehnung des Finanzdikts die Lasten, die ihm auferlegt werden, nicht abhütete (kann), und daß es andererseits, zum mindesten, und ganz vorläufig ausgedrückt, imstande ist, den Augenblick, in dem es die Zahlungsunfähigkeit erklären muß, eine ganze Zeitlang hinauszuschieben. Damit aber werden die Ententemächte die leicht doch einen anständigen Ausgleich der Befreiung des Ruhrreviers finden, auf die das imperialistische Frankreich heute noch hofft, in der Erwartung, daß Deutschland das Ultimatum ablehnt.

Danziger Nachrichten.

Die „Fürsorgeerziehung“ in Tempelburg.

Wo Kindern die rechte Erziehung der natürlichen Erzieher fehlt, da muß die Fürsorge eingreifen. Die Fürsorgeerziehung ist an und für sich keine Strafe und darf nicht erst dann verordnet werden, wenn Strafdelikte vorliegen, sondern schon dann muß sie eintreten, wenn man die Gefährdung der Kinder erkennt. Eine solche Menschenfelle finden, ist Gewinn, ein größerer ist, sie erhalten; der größte und schönste aber ist, sie, die schon verloren war, zu retten.

Das wichtigste Erziehungsmittel ist die Liebe; sie ist dem Kinde so unentbehrlich, wie dem Pflanzen die Sonne; ohne sie entwickelt sich in der Kinderseele Gift. Darum ist der beste Ertrag der elterlichen Erziehung die Fürsorgeerziehung in einer Familie, wo den eigenen Kindern die Sonne der Liebe so warm und hell scheint, daß sich auch noch das fremde Kind wohl und glücklich fühlen kann. Leider finden sich berastigte Familien nicht genügend; leider wird nur zu oft aus materieller Berechnung heraus ein gefährdetes Kind aufgenommen. Ist gar die Fürsorgeerziehung die Folge eines Vergehens, dann kommen zur Ausdeutung Schwupfworte und Schläge.

Anstalts-erziehung ist stets minderwertiger Ertrag der elterlichen Erziehung. In der Anstalt gilt die Hausordnung, regiert das Gesetz. Daporn versteht das Kind wenig oder noch nichts; es muß sich daran gewöhnen. Gesteht dies nicht immer nach Wunsch, dann wird eben Prügel angewendet. Früher dressierte man wilde Tiere mit der Peitsche; aber heute wendet man auch da entgegengesetzte Mittel an und erzielt bessere Erfolge. Stucht aus einer solchen Anstalt ist menschlich verständlich. Kehrt der Flüchtling nicht freiwillig zurück, so gibt es in Tempelburg 10 Heime auf die Unterhose, im Rückfalle aber 15 Heime auf das fast entblößte Gesicht. So fördert es die Vorkenntnisse im Strafrecht. Wahrscheinlich ist das religiös-stille Erziehung! Freilich die Bibel erzählt von dem guten Hirten, der sein verlorenes Schaflein auf die Hügel nahm und mit Freuden heimtrug. Daran ist in Tempelburg nicht zu denken.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Der Jüngling der Anstalt kennt keine Liebe zum Elternhause, lernte hassen die Sclitte seiner Jugend. Pergelisch sucht man dann im Manne Pflichtgefühl und besseres Empfinden. Es ist abgetobt. Die Opfer dieser „Fürsorgeerziehung“ leben meist nur noch ihren dunklen Träumen. Das ist die Frucht der klassichen Jugenderziehung. Und „vor dem Elfen, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Menschen erstickt nicht!“

O. Tempelburg, unterziehe deine Justiz einer Revision!
Otto Beher, Volkstagsabgeordn.

Nieder- und Urien-Abend Schlussus.

Bei dem vorgestrigen Nieder- und Urienabend fand Heinrich Schlusnus (seit wann Kammerfänger?) nicht jenen gefüllten Saal, den sein ihm als Liedervänger erheblich unterlegener Kunstgenosse Jachlaner erzielt. Ich weiß nicht ob das der vorgeschrittenen Jahreszeit zuzuschreiben ist oder dem Umstande, daß der Sänger das letzte Mal etwas enttäuscht hat. Auch gestern schien er stimmlich nicht zubeist in Ordnung. Der Ton kam nicht immer so voll und quellend wie vor Jahren, da er sich hier eine begeisterte Gemeinde schuf. Seine damals stark tenoral gefärbte Stimme hat inzwischen ausgesprochenen Baritoncharakter angenommen und die Höhen gelingen ihm nicht mehr in der gewohnten Leichtigkeit und Fülle. Auch bezüglich der Intonation machten sich hier und da Schwankungen bemerkbar. Dennoch ist es immer wieder eine Freude, ihn Nieder singen zu hören, denn er pflegt einen reinen Stil, und die Art, wie er den inneren Gehalt mit dem Musikalischen verknüpft, weist ihm eine bevorzugte Stellung unter den Niederfängern ein. Brahms singt er tief und innig wie wenige heute, und die fünf Nieder, die er nach dem Königsgebet aus Goldmarcks „Königin von Saba“ sang, waren denn auch das künstlerisch Wertvollste des Abends. Die Nieder von Orteg sind qualitativ sehr verschieden und namentlich nach Brahms verblissen sie doch erheblich. Mit zwei Urien aus „Rigoletto“ und „Traviata“, die der Sänger reichlich für den Konzertsaal zu recht gemacht hatte und denen als Zugabe der Prolog aus

„Bajazzo“ folgte, zeigte sich der Bühnensänger von Temperament und Ausdruckskraft.

Karst Schräber, der sich schon als anscheinungsgemäßer Begleiter erwiesen hatte, spielte zwischen den Liedern noch zwei kleine Chopinische Sätzchen und erwies sich als ein sehr bemerkenswerter Virtuose von freilich starker Subjektivität. Dies zeigte sich mehr noch als in dem zuerst gespielten F-Dur Nocturne (op. 15) bei dem Scherzo in Cis-Moll. Schräber verfügt bei aller Willkürlichkeit seines Spiels über eine brillante Technik und beherrscht völlig jene heute sehr beliebte gewordene Kunst, das Klavier singen zu lassen. Dem strengen Akademiker wird sein Spiel aber ebenso ärgerlich sein, wie dem mehr sinnlichen Eindrücken zugänglichen Konzertbesucher. W. D.

Die Kinderwanderung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ am vergangenen Sonntag führte wiederum rund 120 Kinder über die Breitenbach-Brücke, an den Riesel-See und dem Heubuder Heibsee vorbei nach dem See-Strand bei Krakau. Auch diese Wanderung verlief, wie alle bisherigen, zur vollen Zufriedenheit. — Am Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 Uhr, findet der zweite Märchenabend im Heim des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ (Stadtturm) statt, zu dem alle jungen Wanderfreunde herzlich eingeladen sind.

Niederung. In Stelle des in praehtliche Dienste zurückgetretenen Oberlandjägers Großmann ist der Jagdläger a. J. Carlowski nach Zugdam einberufen. Dieser übernimmt als Dienstbezirk die Ortsteile: Güttland, Kriestahl, Stöblau, Gemity, Woffis, Zugdam und Eterwid.

Filmschau.

Die U. Lichtspiele zeigen in dieser Woche die letzte Episode des Abenteuerfilms „Der Mann ohne Namen“. Auch dieser Teil der stimmungsvollen unter dem Titel „Der Sprung über den Schatten“ läuft, fast wieder voller Komik. Daneben bietet er herrlich-schöne Naturansichten aus St. Moritz und prächtige Bilder vom Münchener Karneval. Zum Schluss löst sich alles in Wohlgefallen: Peter bekommt seine Oerm und Bobby Tobb hat das Nachsehen. — Die wunderbaren Naturbilder und die heitere Note, die die Gesamthandlung durchziehen, machen diese Filmfolge zu einem der lehrnwertesten Ergebnisse unserer Filmkunst. — Zwei Lustspiele, von denen „Mädels Befehring“ in seiner kindlich-drolligen Aufmachung den Vorzug hat, füllen das Programm.

Lichtbildtheater Langenmarkt. Das Drama „Das Haupt des Juarez“ spielt in den Jahren 1844 bis 1867 an der italienischen Grenze. Die Handlung beginnt mit der Ausweisung eines Bauernführers, der wegen Hochverrats die Heimat mit Weib und Kind verlassen muß. Das Kind, welches nach Jahren ein blühendes hübsches Mädchen geworden ist, reicht nach dem Tode ihrer Eltern wiederum einem Manne die Hand, den sie, um sich in der Heimat einen Platz zurückzuerobern, mit in Verschwörungen hineinzieht. Der Mann muß trotz der alles zu seiner Befreiung versuchenden Liebe seiner Gattin seine Widergeselligkeit mit dem Tode bezahlen. Sascha Gura — in der Hauptrolle — verkörperte eine fast an Wahnstimm grenzende Gattenliebe und bringt Szenen von außerordentlicher Spannung hervor. Ihre Rache an den Verärrern ist grausam. Nicht unerwähnt darf man die landschaftlich schönen Aufnahmen lassen. — Das Lustspiel „Ein kräftiger Mann wird gesucht“ ist ein wirklich humorvoller und für Heiterkeit sorgender Film.

Metropol-Lichtspiele. Ein gut aufgemachter Kriminalfilm „Hochstapler“ gefüllt durch seine stehende Handlung und fesselt ungenügend. Für gute Darstellung bürgen zwei belamte Filmgrößen. Die Leiden einer Frau zeigt der zweite Film: „Zu Tode gehebt“, deren heklagenerweckendes Schicksal durch Menschen wahrlich nicht erleichtert wird, und sie schließlich in den Tod treibt. Für Heiterkeit sorgt eine Lustspiel-Einlage: „Das Verlobungsferntocher“.

„Und wann — so wäre Borgreisen nur Sündhaft und ruhig Zuwarten am Platz. Das sich schiden soll, das schied sich dann schon.“ „Ja, weißt, Veni,“ stotterte er, „mit dem Zuwarten ist es so a eigene Sacht!“

Das junge Weib stieß ein paar helle Nachlaute heraus, dann hielt es sich erschrocken den Mund zu und sah ernst. „Das laß dir vergehen. Verlang dir zu Liebe weiter keine Zuamtheit mehr, es war an der ersten Übergang.“

„Veni, ich wäre gewiß mit a dich verfallen und das Ganze hätte nimmer kein Sinn, wenn wir uns nit schon gern geholt hätten.“ —

Selene runzelte die Brauen; mit einer kurzen Wendung des Kopfes und einem Wink der Augen nach der Läre, lispelte sie: „Nit! Es ist alles still drin“ und auf das Kind weisend: „Auch der hört und weiß schon zu schwätzen.“

„Geh, sage ihm, er soll mir a Zugel geben.“ „Bewahret!“ Er möchte schreien! Es ist nit gewohnt. Er küßt niemand.“ Sie schob den Bauer, der sich niederbeugte, zurück und trat selbst einen Schritt zur Seite. „Weibe und vom Weibe.“

„Veni, den Ruben bedente, der wird noch mal —“ Da trat der Herrgottsmacher aus der Stube und der Sternsteinhofer rief ihm entgegen: „Gerade wollte ich sagen, noch einmal so lange wie ich brauchst du zum Angewandten! Ich bin viel künfter. Na, komm!“

Die beiden Männer führten hinaus. Bald wuchten die Zwischendöhler den Grund der plötzlichen Eintracht zwischen dem jungen Sternsteinhofer und dem Herrgottsmacher. Sie fanden es ganz verständlich und verständig, daß der arme Handwerker dem reichen Bauern nichts nachtrage; was denn auch sehr hinterher? Sie legten sich zurecht und reinigten sich zusammen, was sie davon wuchten und nicht wuchten. Wohl hat der Bauer einmal die Selene dem Aebinder abwendig gemacht, aber nun ist sie dem sein Weib und es wäre nit Flug von ihm, sich den Kopf schwer zu machen über so ein Geschehen, das lange vorbei sei und wovon sich viel bereden, aber nicht erweisen lassen. Oder sollte er einen Troll aufbehalten, weil sich der Sternsteinhofer damals an ihm vergriessen? Je, du mein, was wäre das für eine unerschreibbare Feindschaft! Was könnte der arme Halber tun? Finster schauen, den Rücken kehren, die Faust im Sad machen und in einer Ecke monken; da ist es doch künfter, er spielt den Vergeber und Vergeßer, funderlich, wenn sich noch obenreiu die christliche Gesinnung durch einen handgreiflichen, baren Ruben vermagt. Er wird nit dumm sein und wohl zur Verrechnung mit dem Bauern doppelte und dreifache Achtung nehmen!

Verksammlungs-Anzeiger

- Deutscher Metallarbeiterverband. Bezirksversammlungen:
1. Bezirk (Schibitz) am Donnerstag, den 12. Mai, abends 7 Uhr bei Steppuhn.
 2. Bezirk (Langfuhr) am Dienstag, den 10. Mai, abends 7 Uhr bei Kreslin.
 3. Bezirk (Innenstadt), am Mittwoch, den 11. Mai, abends 7 Uhr bei Weuster.
 5. Bezirk (Niederstadt) am Mittwoch, den 11. Mai, abends 7 Uhr bei Reip.
 7. Bezirk (Neufahrwasser) am Donnerstag, den 12. Mai, abends 7 Uhr bei Lengies.
 8. Bezirk (Carenta) am Dienstag, den 10. Mai, abends 7 Uhr bei Gehrke.
 9. Bezirk (Dittva) am Dienstag, den 10. Mai, abends 7 Uhr bei Kappel.
 10. Bezirk (Koppitz) am Freitag, den 13. Mai, abends 7 Uhr bei Blokus.
 11. Bezirk (Heubude) am Freitag, den 13. Mai, abends 7 Uhr bei Schönwiese.
 12. Bezirk (Dhra) am Donnerstag, den 12. Mai, abends 7 Uhr bei Mathefius.
 14. Bezirk (Pehendorf) am Freitag, den 13. Mai, nachmittags 4 Uhr im Speisehaus.

Heizungsmonateure am Freitag, den 13. Mai, nachmittags 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, großer Saal.
Mechaniker am Mittwoch, den 11. Mai, nachmittags 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal.
Schmiede am Donnerstag, den 12. Mai, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Stellungnahme zum 15. ordentlichen Verbandstage.

Chra. Vertrauensleute der S. V. D. Dienstag, den 10. Mai, abends 6 1/2 Uhr im lokale „Zur Osibahn“ Vertrauensmännerversammlung. Tagesordnung wird dort bekannt gemacht. Vollzählige und pünktliche Erscheinen wird erwartet.

Ufa-Bund. Dienstag, den 10. Mai, abends 6 1/2 Uhr, in der Aula des Städt. Gymnasiums (Winterplatz) öffentliche Angestellteversammlung. Thema: Die neue Steuervorlage. Ref.: Volkstagsabgeordneter Keel.

Deutscher Buchbinderverband. Jahreshilfe Danzig. Dienstag, den 10. Mai, abends 6 1/2 Uhr, Herellusplatz 1-2 (fr. Warnisoulagarett, 2. Stod, Zimmer 70: Mitgliederversammlung.

Verein Arbeiter-Jugend Danzig. Dienstag, den 10. d. M., abends 7 Uhr, im Heim: Mädchenabend. (Vortrag der Gewissin Kall.) — Mittwoch, den 11. d. M., abends 6 1/2 Uhr, im Heim: Mitgliederversammlung. Der wichtigen Tagesordnung wegen werden die Mitglieder gebeten, vollzählige und pünktlich zu erscheinen. — Das Heim befindet sich Weidengasse 2, Kletterkaserne, Zimmer 81.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Mittwoch, den 11. Mai, abends 6 Uhr Mitgliederversammlung der Sektion Hafenarbeiter Neufahrwasser im Restaurant „Deutsche Platte“, Wallerstraße. — Donnerstag, den 12. Mai, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung der Sektion Kohlenarbeiter im „Vereinshaus zur Altstadt“, Lischergasse 49.

Sozialdemokratischer Verein Danzig. 8. Bezirk (Niederstadt, Spetzerinsel, Anelpod). Donnerstag, den 12. d. M., abends 6 1/2 Uhr, im Jugendheim, Weidengasse 2, Zimmer 81 Bezirksversammlung. 1. Vortrag des Gen. Ludau: Bedeutung der Mittelschulen. 2. Verhandlung. — Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Buchdruckerverein der Freien Stadt Danzig (S. V. D.). Donnerstag, den 12. Mai, abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der Reichstädtischen Mittelschule.

Verband der Gemeindevorstände und Staatsarbeiter. Donnerstag, den 12. Mai 1921, abends 5 1/2 Uhr im Restaurant Schindke, Danzig, Echjaugasse 6: Mitgliederversammlung.

Der Sternsteinhof.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Inzengrüber.

(Fortsetzung.)

Mudert fraute sich hinter dem Ohr. „Ich kann es nit gleich angehen, es fehlt mer an einem tauglichen Holz dazu, muß mer erst eines beschaffen, wann ich wieder nach der Stadt fahre.“

„Ich habe morgen dort zu tun,“ sagte der Bauer, „wäre mir lieb, du fahrest mit mir, so hätte es denn weiter kein Ansehen. (In Angriff nehmen.)“

„Ich bin dabei.“

„Abgemacht. Ich hole dich morgen. Die Stunde weiß ich nit. Bist will ich nit länger abhalten. Gute Nacht, Reuten!“

Neben dem Sessel an der Stubentür, auf welchem das Kind lag, kniete Selene. „Na, sag: Danke schön und behüt Gott! Babahl!“ sprach sie ihm vor und ergriff, ohne aufzusehen, das runde Necken des Kleinen und bewegte es, wie geküßend.

Der Holzschneider gab seiner neuen Kundenschaft bis zur Haustürschwelle das Geleit, dort nickte er mit dem Kopfe und der Bauer griff an den Hut.

Am anderen Vormittag kam der junge Sternsteinhofer angefahren. Er sprang vom Wägelchen und trat grüßend in die Pötte. „Na, sein wir es?“ fragte er.

„Gleich,“ antwortete der Herrgottsmacher und lies in die Stube, um sich „sonntäglich“ anzukleiden.

Die Aebinderin lehnte an dem Herde, zu ihren Füßen „viele der kleine Mudert.“

Toni rühte die Auchenüre, die nach der Straße offen stand, halb zu, dann sagte er Selene an der Hand. „Vergelt dir Gott,“ flüßerte er, „daß du doch dem Kind lernst freundlich gegen mich sein.“

„Dem Kinde kann das Freundlichseibeigen nur mißen, und keinen Schaden bringen.“

„Dir auch nit, Veni, dir auch nit. Wie ich mir habe sagen lassen, so ist ja gewiß.“ — Er deutete hinter sich nach der Stube, aus welcher man Schranktönen und Schelladen kreischen hörte.

Man fand es rechtchaffen und was von dem jungen Sternsteinhofer, daß er für seines Weibes Genesung so ein „Heiligens“ in die Kirche opfert; umso mehr, da das Gebilde ausfragte, wie er neuzzeit gar nimmer wird tue gegen die Bäuerin und recht freundschaftlich mit ihr verkehre. Nun vermochte man sich auch zu erklären, was ihn zu der Zinshofer geführt. Gewiß war er um die Aebinderin gekommen, wie die Klage um den heißen Bret, herumgeschlichen und suchte durch die Alte zu erfahren, in welcher Weise dort wohl seine Bestellung anzubringen und nachdem ihm dies gelungen und ihm die Sache einmal im Kopf und am Herzen lag, nahm es nicht Wunder, daß die Alte sich das zu Nutzen machte und ihm bis auf den Hof nachsah und Posten zurug, für die er sie jedesmal entlohnte, und es war natürlich, daß er, wenn öfter bei den Aebinder-Reuten einsprach, um nachzusehen, wie die Arbeit „förbere“ und wenn er dort nur kurz verweilte und lieber bei der Alten abstrakte, so war das, nach dem, was einst zwischen ihm und der Jungen vorgefallen, nur ehrbar und Flug und woch jedem argen Schein und jedem Anlaß zu unbeschaffenem Gerede aus.

Woche um Woche, Monat um Monat verstrich, da hörten plößlich die Zwischenträgerinnen der alten Zinshofer auf, sie ließ sich auf dem Hofe nicht mehr bliden, desto häufiger wurden die Besuche des jungen Sternsteinhofers in den beiden letzten Hütten am unteren Ende des Dorfes.

„Nun wird es wohl ernst,“ sagten die Reute, „nun läßt es ihm keine Ruhe mehr, der Herrgottsmacher legt wohl die letzte Hand an das Notbild.“

Niemand ahnte, daß es da wieder einmal ein schwacher Charakter über einen stärkeren davon trug, indem er haltlos in sich zusammenbrechend, durch Erbarmlichkeit Erbarmen erweckte.

Niemand wußte um den Tag, keiner sah es mit an, wie die Frau mit dem Ruben auf dem Arme an dem Zaune des Vorgärtchens lehnte und als der Bauer hart an ihr vorderschritt, die andere stützende Hand von dem Kinde wegog, daß dieses vorneüber stützend, sich an die Joppenklappe des Mannes klammerte und ihn daran zurückhielt.

Er schmunzelte und während der den lächelnden Mund zusammenzog und die Lippen spitzte, als wolle sie spucken, sah sie ihn mit einem Blicke an, wie er nur dem Auge des Weibes eigen, der Unangabares ankragt und zugleich belächelt.

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Gerichtssälen.

Beleidigung auf dem Schiffbauamt. Der Bureauangestellte Walter A. in Langfuhr hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Beleidigung zu verantworten. Er glaubte in der Rollereiabteilung Mängel zu haben und als er in der Maschinenfabrik unter dem Publikum auf dem Korridor stand und zwei angestellte Damen auf dieser Abteilung herausliefen, machte er zu ihnen beleidigende Bemerkungen, daß sie die ganze Mutter verfluchen um. Die Damen mußten sich zurückziehen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 300 Mk. Geldstrafe wegen öffentlicher Beleidigung, sowie zur Publikation des Urteils.

Abtötung beim Streik. Wegen Abtötung hatten sich vor dem Schöffengericht einige Schiffsführer und Maschinenisten zu verantworten. Am 2. März begann in Tangig ein Streik der Schiffe. Die Angeklagten wurden von der Streikleitung beauftragt, einem Schleppdampfer über Hafen mitzuteilen, daß gestreift wird. Sie gingen auf den Dampfer und führten ihren Kulltag lauterabfällig über den Schiffbauamt. Von den Streikenden wurde das Schiff an einem Ankerplatz gebracht. Der Maschinenmeister wollte dann aber an Land gehen. Die Streikenden legten auch an, aber der Maschinenmeister konnte nicht zu Lande an die Ausschiffung des Dampfers kommen und das Schiff wurde wieder abgetrieben. Am Steuerstand standen zwei der Angeklagten. Der Maschinenmeister wollte nun von dem Steuer Besitz ergreifen und fand dabei den Steuerstand der beiden Angeklagten. Von den Angeklagten wurde geltend gemacht, daß ihnen das Steuer von dem Schiffsführer übergeben wurde und der Maschinenmeister darauf kein Recht hätte. Das Gericht sah jedoch eine Abtötung dem Maschinenmeister gegenüber als vorliegend und verurteilte die beiden Angeklagten zu je 600 Mk. Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Schuldensüberschreitung beim Fleischverkauf. Der Fleischermeister Rudolf Vollmann in Tangig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Überschuldensüberschreitung zu verantworten. Er hatte drei bei Kassefleisch gelien und das Gericht verurteilte ihn wegen dieser Straftat zu 3000 Mk. Geldstrafe. Die Fleischermeisterfrau Maria Jung in Tangig überbringt den Fleischpreis bei Schweinefleisch und Eped. Ferner hatte sie verbotswidrig Fleischwaren her. Das Schöffengericht verurteilte sie zu 4000 Mk. wegen Überschuldensüberschreitung und Vergehens gegen die Fleischverordnung.

Bundestag der technischen Angestellten und Beamten.

Der Bundestag wurde am Freitag in Berlin mit 1000 Teilnehmern eröffnet. Anwesend sind 116 Delegierte. Vertreter der Verbände, Mitglieder des Bundesvorstandes und des Bundesvorstandes, die Gauleiter, Bundessekretäre und Gewerkschaftsbeamten.

Für die Besprechung von Angelegenheiten der Bundesbeamten wurde ein besonderer Ausschuss eingesetzt.

Den Geschäftsbericht des Vorstandes und die Abrechnung gab als erster Referent Schweizer-Berlin, Redner schilderte in sehr ausführlicher Weise

die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und die Tätigkeit des Bundes

im verflochtenen Wirtschaftsjahre. Verwertung der Kubermöglichkeit auf der einen, vielfache Verluste für die kapitalistischen Unternehmungen auf der anderen Seite kennzeichneten den Gang der Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete. In einer Zeit, in der die Volkswirtschaft unter ungeheuren Lasten litt und kaum noch ihre Kräfte behaupten konnte, wachte eine ungeheure schmerzliche Revolte. Mitten in die Reihen der Kapitalisten, häuften sich die Misere, schlossen sich die kapitalistischen Konzerne immer stärker zu einer Gefahr für das ganze wirtschaftliche Leben auf. Eine große Gefahr seien auch die unheilvollen Fühlenssuche. Diese Gefahren würden durch den Druck der von der Arbeiterklasse erhobenen unerfüllbaren Forderungen. Dabei sei die Regierung immer noch nicht vom Reiten zu Laten gekommen, sondern allen Sozialversicherungsmaßnahmen und der Wege gegangen. Der Kapitalismus müsse, daß mit der Verwirklichung dieser Pläne die Welt an seine Wurzel gelöst wird. — Der Abrechnung wurde die Welt in der Ausbreitung der Revolution in der Arbeiterbewegung einleitet, habe auch im Berichtsjahre weitere Fortschritte gemacht. Die Forderungen von deutschnationalen Verbänden, die auf eine Herabsetzung der Bewegung beruhten, waren, sind mangelhaft. Die freigeberische Arbeiterbewegung, die durch den Kassen-Bund vergrößert wird, habe vielmehr im letzten Jahre eine höhere Entwicklung und innere Bereicherung erfahren. Die Gewerkschaft des Bundes mit dem AFDG, habe sich auch vor allem auf dem Gebiete der Betriebsbewegung bewährt. Ein Versuch der Kommunisten, eine neue Gewerkschaftsinternationale zu schaffen, wurde abgelehnt. Der Bund habe ferner zu allen sozialpolitischen Gesetzen und Gesetzgebungen Stellung genommen und seinen ganzen Einfluß für eine freiberliche Ausgestaltung geltend gemacht. Die Vertretung sei zu konsolidieren, daß im Berichtsjahre 20 000 Mitglieder gewonnen wurden, daß allen Parteien zum Trotz das Vermögen des Bundes um eine halbe Million zugenommen hat und daß rund drei Viertel Millionen für Unterhaltungen und Beihilfen aufgegeben werden konnten. (Lebhafte Beifall.)

Der zweite Referent Geinze verbreitete sich vornehmlich über innere Angelegenheiten. Folgende Entschließung gelangte einstimmig zur Annahme:

Der zweite ordentliche Bundestag bezieht den Beschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (vom 23. März 1921), wonach der AFDG und der Kassen-Bund unter Aufsicht der Gewerkschaften der beiderseitigen organisierten Selbstverwaltung einen Organisationsvertrag zur dauernden Gemeinheitsarbeit aller freigeberisch organisierten Arbeiter, und Handwerker abzuschließen. — Der Bundestag empfiehlt dem Kassen-Bund, den in der AFDG-Entschließung vom 23. März 1921 enthaltenen Richtlinien zuzustimmen und die Reorganisation des Kassen-Bundes beizuführen.

„Anordnung des Bau- und Wohnungsbaus.“

Das menschliche Gemüt bedrückt nicht so sehr wie die Wohnungsnot. Reiner bringt auf Grund amtlich gesammelten Materials, daß in vielen Städten und auch ländlichen Orten herrschende Wohnungsnot zur Sprache und die höchsten wie auch höchsten Gefahren, welche für das ganze deutsche Volk hieraus entstehen. Wenn nicht baldigst Abhilfe geschaffen werde, müßte dieser Zustand zum Zusammenbruch führen. Man entrüste sich heute so sehr über die Verwahrlosung der Jugend, wie aber wenig, um einen Zustand zu beilegen, der vornehmlich zur Erzeugung dieses Übels beitrage. Eine treue Warnung ist es, daß die Bevölkerungszahl sich im rapiden Maße, neuer Erzeugnisse hätten vielmehr ergeben, daß trotz aller Verden und Entbehrungen dennoch eine Volksvermehrung stattfindet, die Wohnungsfrage also immer dröherer werde. Dabei geht es nicht an Arbeitskräfte und Material zum Aufbau; aber die Bevölkerung kommt nicht in Abzug. Und doch müßten mindestens 20 000 Wohnungen jährlich geschaffen werden, um die Not einigermaßen zu beilegen. Nur ein großzügiges Bauprogramm kann Hilfe bringen. Die Lösung des Problems kann nur gemeinschaftlich erfolgen. Neben der Staatshilfe muß die Selbsthilfe stehen. Die Ausführung von Bauten sollte von Verbänden sozialer Bauvereine geleitet und durch die Macht der Gewerkschaften unterstützt werden. (Lebhafte Beifall.)

Eine im Sinne des Referenten lautende Resolution wurde einstimmig angenommen.

„Ersucht sprach A. B. über die Arbeit des Bundes und innere Verwaltung.“

Am zweiten Verhandlungstag wurden zunächst mehrere Anträge erledigt. Ein Antrag, daß Bundesmitglieder nur im Land der technischen Angestellten und Beamten gewerkschaftlich organisiert sein dürfen, wurde nach dem Vorschlag der Präsidialkommission abgelehnt. Über die

Fortführung der Mitangelegenheiten

referierte u. a. u. a. Einleitend schilderte er die Entwicklung der Mitangelegenheiten seit den Novembertagen 1918 bis zur Schließung des Reichstages, daß durch Schaffung von Beiratsräten und Beiratsarbeitern weiter ausgebaut werden soll. Eine Veränderung der Rechtsverhältnisse werde dadurch nicht bewirkt. Dies Wang nur durch den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen geschehen. Die Mitangelegenheiten sind mit der Abkehr der Normierung des Kapitalismus drängen. Sie soll und zeigen, wie man die deutsche Wirtschaft planmäßig organisiert und wie wir sie durch Schaffung unserer Mitglieder in die Gruppen vorwärts bringen. Sie soll machen, die die Fähigkeit, die wissenschaftliche Macht zur Geltung zu bringen. Der Bund streift allgemein die allgemeinen Richtlinien für die Aufgaben und Befugnisse der Mite. Diese müssen nicht nur sachlich gehandhabt werden, sondern auch das Recht zur Initiative haben, und ihre Vorlagen selbst vor dem Parlament vorbringen. Die Beiratsräte sollen den Reichstag zu stellen, welche den demokratischen Grundgesetzen zumiderlaufen. Nach einem Vorschlag aus der Schwerindustrie sollen die Mite immer noch ihren Gebieten eine Verwaltungsorgane sein. Darin liegt aber eine Gefahr für die kommunale Selbstverwaltung. Nach unserer Auffassung sollen sie ihre Hauptaufgabe in der Kontrolle erblicken. Wir wollen nicht, daß die zentralisierte Wirtschaft des Reichs durch autonome Wirtschaftsprüfung beeinträchtigt wird. Den Kontrollen werden die Mite nicht bringen, aber sie werden eine neue Position sein, die uns den langfristigen Kampf erleichtert. (Stürmische Beifall.)

Eine diesen Gedanken entsprechende Entschließung ist widerstandslos Zustimmung.

Tarifpolitik der technischen Angestellten

helt Beamm das Sekret. Seine Ausführungen gaben in der Forderung, daß der Lohn dem Arbeitnehmer die Möglichkeit bieten müsse, die Kosten seines Lebensunterhalts und des Unterhalts seiner Familie unter Berücksichtigung seines Familienstandes zu bestreiten. Durch ein Umlageverfahren sollen familiäre Arbeitsgeber jedes Gewerbes zu Familienaufgaben herangezogen werden, da es dann dem einzelnen Arbeitgeber gleich sein könne, ob er Familienvater oder lediger Arbeiter in Beschäftigung nehme. Eine entsprechende Entschließung gelangte gegen wenige Stimmen zur Annahme.

Mit lautem Beifall wurde die Mitteilung des Verfassers angenommen, daß auch ein Gast aus Frankreich, Herr Crest, als Vertreter der Technikerbewegung in Frankreich erschienen sei, der dann in deutscher Sprache einige herzliche Worte an die Versammlung richtete, die betrafen, daß die Technikerbewegung in Frankreich international denke und daß man auch bei der Fühlung mit der Antlerdamer Internationale genommen habe. „Ich kam nach Berlin“ — so sprach er — „um Sie alle zu begrüßen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß wir in Zukunft gemeinsam für das Wohl der Welt arbeiten und uns die Hand reichen werden.“ (Stürmischer Beifall.)

Kaufmann (vom Bundesvorstand) sprach namens des Bundes seine Freude über den Besuch eines Kollegen aus Frankreich aus und hat den Gast den nötigen Techniker die Grüße der deutschen Technikerbewegung zu übermitteln. Nach einer kurzen Ansprache des Herrn Crest über die Tagesordnung wurde die Sitzung vertagt.

Im dritten Verhandlungstag wurden die Wahlen für die Bundesleitung vollzogen.

Den Schluß der Verhandlungen bildeten Erörterungen und Besprechungen über interne Bundesangelegenheiten.

Internationale Arbeiterbewegung.

Aufwärtsentwicklung der polnischen Arbeiterbewegung und der Konsumgenossenschaften.

Der einzige Trost in der ganzen Misere ist die stete Aufwärtsentwicklung der Arbeiterbewegung und der Konsumgenossenschaften.

Am 1. November 1920 zählten die freigeberischen Arbeiter-Berufsbünde in Polen insgesamt 1 200 000 Mitglieder. Von dieser Zahl waren 600 000 Arbeiter in der zentralen Kommission der Arbeiter-Berufsbünde, 120 000 im Berufsverband der Eisenbahner und im Berufsverband der Postbeamten und 91 000 in den sächsischen Berufsverbänden organisiert. Den Arbeiter-Berufsbänden gehörten somit 717 000 Arbeiter an. Die größten Berufsverbände sind: Der Verband der landwirtschaftlichen Arbeiter mit 140 000 Mitgliedern, der Verband der Arbeiter der Metallindustrie mit 89 000 Mitgliedern, der Verband der Arbeiter der Textilindustrie mit 74 000 Mitgliedern, der Verband der Arbeiter der Berg- und Hüttenindustrie mit 68 000 Mitgliedern, der Eisenbahnerverband mit 59 000 Mitgliedern. Auf die einzelnen Provinzen entfallen: Auf Kongreßpolen 37 000 Mitglieder, d. h. 6,7 Prozent, auf das ehemalige österreichische Teilungsgebiet 156 000 Mitglieder, d. h. 21,8 Prozent, und auf das ehemalige preussische Teilungsgebiet 28 000 Mitglieder, d. h. 3,7 Prozent. Die nationaldemokratischen polnischen Berufsverbände zählten laut der amtlichen Statistik 486 000 Mitglieder. Davon entfallen 320 000 oder 74,4 Prozent auf das ehemalige preussische Teilungsgebiet. Die katholischen Berufsverbände zählten nur 50 000 Mitglieder.

Der Verband der Arbeiter-Konsumgenossenschaften zählte gegen Ende des Jahres 1920 206 000 Mitglieder, die 232 Genossenschaften angehörten. Der Konsumverband der Eisenbahngestellten zählte 118 000 Genossenschaften mit 121 000 Mitgliedern, insgesamt also 421 Arbeiter-Konsumgenossenschaften mit 421 000 Mitgliedern. Es muß hervorgehoben werden, daß die bedeutendste bäuerliche Konsumgenossenschaftsbewegung 709 Genossenschaften mit 230 000 Mitgliedern zählte. Die Arbeiter-Konsumgenossenschaften haben sich, trotzdem sie erst seit kurzem bestehen, bedeutend schneller entwickelt, und man kann daher annehmen, daß sie die bäuerlichen Genossenschaften in kurzer Zeit bei weitem überflügeln werden.

Volkswirtschaftliches.

Die Röhre aus Amerika.

Unsere Feinde nehmen uns Tadelnde der besten Milchprodukte nach dem Vertrag Friedenvertrag weg und lassen unsere Säuglinge hungern gehen. Deshalb großer Jubel in Deutschland, als aus Amerika berichtet wurde, daß mehr als 6000 Milchtiere den hunderttausend Kindern in Deutschland geschenkt werden sollten. Wenn sich auch die Transportkosten für jede Kuh bis zu ihrem Bestimmungsort sehr hoch stellen würden, so rechnen doch die bedachten Vereine und Kommunen damit, daß noch Abzug der Antitraktoren billige Milch für unsere Kinder gewonnen werden könne. Ein Berliner Blatt rechnete sogar aus, daß sich bei einem Durchschnittsergebnis von 20 Liter Milch pro Tag der Verkaufspreis der Milch pro Liter höchstens auf 2 Mk. stellen würde. Der Jubel in Deutschland demosten unsere Agrarier, welche die Amerikaner mit geschätzten Geschenken anfangen, mit dem Hinweis darauf, daß Amerika seinen Milchmarkt zu verengen tendieren könne. Nun sind die ersten Kühe im Februar in Bremen angekommen und konnten bis heute noch nicht ihren Bestimmungsorten zugeführt werden. Die ersten 740 Tiere wurden naturgemäß mehrere Wochen in Quarantäne verbleiben. Es hat sich nun herausgestellt, daß die Tiere an Typhus-Fieber leiden. Da es nun nicht aus geschlossen ist, daß sich dieses tödliche Fieber leicht auf andere gesunde Tiere überträgt, so hat das Reichsministerium bestimmt, daß die Röhre nur kommunalen Milchbehaltungen größerer Städte, abseits von landwirtschaftlichen Betrieben, zugeführt werden dürfen, während im Stall gehalten und anschließend überbracht werden müssen. Jetzt werden nun deutsche Großstädte amtlich angefragt, ob sie sich diesen Bedingungen unterwerfen würden, da man mit dem Abtransport von Fremden rechnet. Wie wir hören, haben sich jedoch nur zwei Städte zur Aufnahme der Tiere bereit erklärt, während die übrigen Städte noch abgern und Bedenken äußern. Sachverständige wurden anwesend gehalten, deren Gutachten wahrlich nicht ermutigend klingen. Sie berichten, daß die amerikanischen Röhre klein und gierlich sind und im Durchschnitt nur 5 Zentner Lebendgewicht haben während unsere deutschen Röhre zwischen 10 bis 12 Zentner aufzuwiegen haben. Milchtiere vom Schlage unserer Holländer Kühen befinden sich nicht darunter. Der den Transport begleitende amerikanische Tierarzt habe ferner erklärt, daß die Röhre nicht auf Milchleistung gezüchtet seien, sondern nur zur Fleischung geeignet wären. Ihre Milch, die sehr fettreich sei, diene in Amerika hauptsächlich zur Fütterung der Kühe. Sachverständige machen nun darauf aufmerksam, daß diese Röhre nur einen Durchschnittsmilchtrag von 2 bis 3 Liter täglich ergeben. Jetzt macht nun das Ministerium nun darauf aufmerksam, daß sich die Amerikaner das Eigentumsrecht an den Tieren vorbehalten haben, damit sie vor der Requisition seitens der Entente geschützt sind. Die Transportkosten stellen sich auf 1600 Mk. pro Tier.

Die agrarische Presse geht natürlich nicht an dieser Frage vorbei und es wird berechnet, daß sich damit die Milch der amerikanischen Röhre auf 8 bis 9 Mk. pro Liter stelle, da ja Milchzuchtanstalten bei reichem Milchtrag fast 6 Mk. pro Liter verlangen. Den größten Wert legen nun Sachverständige auf den Umstand, daß die meisten Städte und auch Vereine keine Stallungen besitzen, um die amerikanischen Röhre genügend abzulassen und gesunde Tiere vor Infektion zu bewahren. Was soll nun aus dem zweiten Transport werden, der jedenfalls bald in Bremen eintreffen wird, nachdem die ersten Röhre noch dort auf den Abtransport warten müssen? Eine ist unersetzlich und bedarf dringend der Ausfütterung. Unsere amerikanischen Freunde haben es sicherlich gut mit ihrem eigenen gemeint. Farmerhöfe haben aber doch den Transport geleitet und alle Mühen der weiten Reise erduldet. Diese sollen nicht sachverständig genug sein, um eine Milchkuh auf ihre Qualität zu taxieren? Die Spender waren doch Deutsche, also mit den Verhältnissen ihrer alten Heimat wohl vertraut. Daß die Tiere das Typhus-Fieber nicht los werden können, ist ein Nach, welches nicht vorausgesehen werden konnte. Auf alle Fälle ist die ganze Frage bis heute noch nicht geklärt. Die Vermutung kann nicht schlagend sein, daß unsere Landwirte in Amerika Milchkuh gespendet haben und dies von einer schlaun Großfirma, die vielleicht den Transport zusammenstellte, gegen minderwertiges Vieh verkauft worden seien. Dagegen spricht auch der Umstand, daß sachkundige Farmerhöfe den Transport geleitet haben. Die große Freude wird durch diese Umstände wesentlich getrübt und es wäre vielleicht besser gewesen, wenn die amerikanischen Helfer Geld oder Futtermittel gespendet hätten, da wir an Vieh keinen großen Mangel haben, und jedoch gute Milchkuh fehlen, die in Friedenszeiten bis 20 Liter Milch pro Tag abgeben konnten.

Aus aller Welt.

Das Wohnungseld in Europa. Nicht nur in am Krieg direkt beteiligten Ländern herrscht die Wohnungsnot, sondern in kaum geringerem Maße auch in jenen Staaten, die abseits standen. Wir finden sie in Deutschland und Oesterreich, England und Frankreich, aber auch in der Schweiz und in Holland, kurz, die Wohnungsnot ist eine internationale Erscheinung. Wertvolles Material über die Ursachen, die dazu führten, enthält eine vom „Schweizer Verband zur Förderung des Wohnungsbaus“ herausgegebene Broschüre, die den Dozenten der Züricher Universität, Dr. M. Sailer, wie wir der „Freiheit“ entnehmen, zum Verfasser hat. Nach seinen Ermittlungen stellt sich der Fehlbetrag an Wohnungen bis 1920 in den drei von ihm berücksichtigten Ländern, Deutschland, England und der Schweiz, wie folgt:

Deutschland	300 000 Wohnungen
England und Schottland	400 000 Wohnungen
Schweiz etwa	12 000 Wohnungen

Damit nicht genug, wird der Betrag noch erhöht durch den laufenden Bedarf, der sich aus der Bevölkerungsbewegung, wie Beschleunigungen und Familienzuwachs, ergibt. Er beträgt nach dem Stande von 1920 in:

Deutschland	200 000 Wohnungen
England und Schottland	100 000 Wohnungen
Schweiz etwa	6 000 Wohnungen

Die Ursache für diese Zustände erblickt Dr. Sailer in der Verteuerung der Baukosten, die nach neuen Errechnungen in Deutschland auf 1000 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit sich stellt, in England und Schottland auf 150 Prozent und in der Schweiz auf 275 Prozent. Unzulänglich sind die Mittel, die Dr. Sailer zur Behebung der Wohnungsnot anführt. Er beschränkt sich darauf, eine Mietausgleichsabgabe, die die Kapitalzuschüsse für die neu zu erbauenden Häuser verginst und eine Wertzuwachssteuer zu fordern. Die einzige Rettung besteht aber in der von uns erhobene Forderung: Sozialisierung des Bauwesens.

Bücherwarte.

„Ernte.“ Jahrbuch des „Literarischen Echo“. 2. Band. Herausgegeben von Ernst Heilborn. Verlag Egon Fleischel & Co., Berlin.

Dieses Jahrbuch, das nun zum zweiten Male erscheint, ist sowohl für den Berufsleser als für den Laien eine Unentbehrlichkeit geworden, ebenso wie Ernst Heilborns „Literarisches Echo“, das heute die führende Literaturzeitschrift ist. Wie vor einem Jahre der erste, so ist auch der vorliegende zweite Band etwas wie ein kleines Archiv der zeitgenössischen Literatur, dessen gebogene Stoffliche Auswahl sympathische Uebersichtlichkeit und Anordnung und fast übliche Lückenlosigkeit seinen hohen Anspruch. Nicht schlechtlich Nachschlagewerk ist es, sondern weit darüber hinaus ein zuverlässiger Führer durch die jüngere und jüngste Literatur. An der Spitze eines Kritikerlagers, in dem fast nur wirklich Berufenen das Wort erteilt wird, legt Heilborn mit höchster Objektivität und Sachkenntnis Rechnung, nachdem er sorgsam wägend die Spreu vom Weizen geschieden hat. Bei aller Kürze wird immer nur das Wesentliche, Wertgebende betont und herausgehoben. Der Herausgeber hat mit dieser Sammlung ein Werk geschaffen, das trotzdem es in der Zeit wurzelt, erst mit der Zeit sich an Wert steigern wird, indem es den kommenden Generationen einen besseren Einblick in die gegenwärtige Kulturperiode zu geben vermag, als irgend eine andere Chronik. Willibald Dreyer.

